

Pressemitteilung 11.8.2004

Die Wau Holland Stiftung unterstützt „Kampagne für ein Informationsfreiheitsgesetz“

Fünf Verbände und die Wau Holland Stiftung wollen sich nicht länger damit abfinden, dass Deutschland nach wie vor das europaweite Schlusslicht bei der Behördentransparenz darstellt

Auf Zustimmung der Wau Holland Stiftung stößt die Ankündigung von SPD und Grünen, nach der Sommerpause ein Informationsfreiheitsgesetz (IFG) im Bundestag zur Abstimmung vorzulegen. Das Informationsfreiheitsgesetz soll Verwaltungshandeln transparenter machen, indem den Bürgern der voraussetzungslose Zugang zu behördlichen Informationen des Bundes ermöglicht wird. Die Bürger können dann Verträge einsehen, die Ministerien mit Unternehmen abgeschlossen haben, Gutachten oder Ausschreibungsunterlagen. Das bisher hierzulande noch geltende obrigkeitsstaatliche Prinzip des "Amtsgeheimnisses" soll umgekehrt werden in einen nur in Ausnahmefällen begrenzten Informationsanspruch für alle. Unterlagen und Daten öffentlicher Einrichtungen würden so in der Regel jedem Bürger zugänglich sein, was Gemauschel und Korruption zwischen Verwaltung und Wirtschaft einen Strich durch die Rechnung machen soll.

Zunächst hatten fünf Organisationen einen eigenen Gesetzesentwurf vorgelegt, danach hatte der Kampagnenzusammenschluss pro-information.de mit einer Unterschriften- und Plakatkampagne begonnen, die derzeit noch läuft (www.pro-information.de). Gleichzeitig wuchs der Druck auf die Regierungskoalition durch Lobbying verschiedenster Nichtregierungsorganisationen. Das seit 1998 angekündigte Gesetz rückt damit erstmals in realistische Nähe. Die Wau Holland unterstützt deshalb die Kampagne, denn es kommt nun darauf an, den beginnenden Gesetzgebungsprozess kritisch zu begleiten, damit ein Informationsfreiheitsgesetz entsteht, das seinen Namen auch verdient.

Die Initiatoren der Kampagne pro-information.de sind: Transparency International - Deutsches Chapter e.V.- politik-digital.de – Netzwerk Recherche e.V. - Mehr Demokratie e.V. - Humanistische Union e.V. - Deutscher Journalisten-Verband (DJV) - Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di - Bertelsmann Stiftung.

Mit einem IFG, das es bereits in über 50 Staaten gibt, erhält jeder Bürger das Recht, Akten einzusehen oder Kopien von Unterlagen öffentlicher Stellen zu bekommen, ohne dass eine persönliche Betroffenheit oder eine Antragsbegründung erforderlich ist. Genau definierte Ausnahmeklauseln sorgen dafür, dass sensible Informationen, z.B. personenbezogene Daten oder Geschäftsgeheimnisse, geschützt bleiben.

Durch ein IFG würde ein Bürgerrecht verwirklicht, das aus Sicht der Initiatoren in einer modernen Demokratie unverzichtbar ist. Nur wer Zugang zu Informationen hat, kann sich sinnvoll politisch beteiligen. Zu einer restriktiven Informationspraxis könnte jedoch führen, dass kein Anspruch auf Informationszugang besteht, wenn der "Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung berührt wird" oder wenn es sich um Informationen aus einem "laufenden Verwaltungsverfahren" handelt. Unverständlich sei auch, dass der deutsche

Gesetzentwurf gar keine Fristen für die Antragsbearbeitung vorschreibt, kritisiert Martina Wagner, Mediaberaterin der Wau Holland Stiftung. Lediglich aus der Verwaltungsgerichtsordnung ergibt sich, dass ein Antragsteller nach drei Monaten wegen Untätigkeit klagen kann. Unzufrieden ist die Stiftungssprecherin auch mit dem Gebühren-Höchstsatz von bis zu 1.000 Mark. Erfahrungen mit dem Umweltinformationsgesetz (UIG) hätten gezeigt, dass einige Behörden den zulässigen Gebührenrahmen weitgehend ausgeschöpft haben. Deshalb hatte auch der Europäische Gerichtshof die abschreckende deutsche Gebührenpraxis beanstandet. Um auch künftig eine abschreckende Praxis zu vermeiden, sollte der Höchstsatz deutlich gesenkt werden. Eine Gebührenbefreiung sei zudem im Referentenwurf nur sehr vage gehalten und auf den "Einzelfall aus Gründen des öffentlichen Interesses oder der Billigkeit" beschränkt.

Der "Freedom of Information Act" in den USA sehe hingegen einen Gebührenerlass vor, wenn die gewünschten Informationen dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit einen besseren Einblick in die Arbeit der Regierung erhält und der Antragsteller keine eigenen geschäftlichen Interessen verfolgt. Journalisten und Mitarbeiter nichtkommerzieller wissenschaftlicher Einrichtungen werden ausdrücklich als Vertreter von Berufsgruppen genannt, bei denen grundsätzlich ermäßigte Gebühren gelten, die unter Umständen sogar ganz erlassen werden können. Die Wau Holland Stiftung plädiert dafür einen ähnlichen Passus in das deutsche Gesetz aufzunehmen. Defizite sieht die Stiftung auch in dem Versäumnis Bundesbehörden zu verpflichten Organisations- und Aktenpläne sowie Antworten auf Bürgeranfragen von allgemeinem Interesse im Internet zu veröffentlichen. Nur wenn die Bürger wissen, wer was macht, sind sie ja auch in der Lage, gezielte und möglicherweise erfolgreiche Anträge zu stellen.

Nach Brandenburg, Schleswig-Holstein und Berlin haben übrigens auch Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Bremen einen Gesetzesentwurf in der Pipeline. Die Südländer scheinen sich jedoch etwas schwer zu tun mit der staatlichen Transparenz: In Baden-Württemberg lehnte Rot-Grün einen IFG-Entwurf der Republikaner ab, ohne jedoch einen eigenen vorzulegen. Auch in Bayern lehnte die CSU einen IFG-Entwurf Anfang Juli ab.

Die Wau Holland Stiftung wird das Lebenswerk Wau Hollands durch geeignete archivarische Aufbereitung der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen und Möglichkeiten schaffen, es weiterzuführen und in die Praxis einzubringen. Darüber hinaus setzt sich die Stiftung für weltweite Informationsfreiheit, Recht auf Bildung und Förderung von Zivilcourage mit elektronischen Mitteln ein. Weitere Informationen auf www.wau-holland-stiftung.de und bei weiteren Fragen, Fotos, Interviewtermine, u.a stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung - bitte teilen Sie uns eine Veröffentlichung per e-mail mit!

Kontakt: Wau Holland Stiftung
Fuldablick 9
34302 Guxhagen
stiftung@wau-holland-stiftung.de
www.wau-holland-stiftung.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Agentur „medienarbeiten.de“
Telefon 030 3513 4885, Fax -4887
info@medienarbeiten.de
www.wau-holland-stiftung/presse.html